

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XX, No. 1–2004

JUNGE ZUGÄNGE

Schwerpunktredaktion: Gerald Faschingeder, Atiye Zauner

Mandelbaum Edition Südwind

Inhaltsübersicht

- 4 GERALD FASCHINGEDER UND ATIYE ZAUNER
Zu den Rahmenbedingungen entwicklungsbezogener
Forschung
- 21 VIKTÓRIA GY. DUDA
Globale Patentrechte an Pflanzen
- 33 PHILIPP BUDKA
Indigene Widerstandsbewegungen im Kontext von
Globalisierung und Informations- und Kommunika-
tionstechnologien
- 45 INGRID PRANGER
Globalisierung und der informelle Sektor
- 54 KAAAN TASLI
The Empowerment Approach and the Women
- 70 JULIA KLOESS
Auswirkungen der Dezentralisierung auf das Empowerment
von Frauen
- 85 PATRICIA REITER
Participatory Budgeting in Porto Alegre
- 95 BERNHARD LEUBOLT
Glokalisierungsdispositiv und radikaler Reformismus
- 104 KUNIBERT RAFFER
Applying Musgrave's Branches of Government Expenditures
to ODA
- 119 Rezensionen
- 122 Autoren und Autorinnen
- 124 Informationen für Autoren und Autorinnen

BERNHARD LEUBOLT

**Glokalisierungsdispositiv und radikaler Reformismus –
praktische Erfahrungen aus Brasilien**

„Sobald es ein Machtverhältnis gibt, gibt es eine Widerstandsmöglichkeit. Wir stecken nie völlig in der Falle der Macht: unter bestimmten Bedingungen und mit einer präzisen Strategie kann man immer ihren Zugriff abwenden.“

FOUCAULT 1978: 196

Die Grundlage des folgenden Beitrags ist die Gestaltbarkeit von Entwicklung. Die Gestaltungsfreiheit der Akteure ist jedoch nicht beliebig, denn ihre Handlungen müssen innerhalb der geschichtlich gewachsenen Strukturen erfolgen. Durch aktuelle Transformationen werden Handlungsspielräume beschränkt. Einerseits handelt es sich dabei um Entscheidungen in internationalen Institutionen, andererseits werden durch Diskurse über „Sachzwänge der Globalisierung“ Grenzen der politischen Gestaltung konstruiert. Die Lokalregierungen von Porto Alegre und Rio Grande do Sul konnten jedoch aufzeigen, dass auch im „Zeitalter der Globalisierung“ noch Möglichkeiten für progressives politisches Handeln bestehen.

**1. Produktion von Strukturen durch Dispositive und Institutionen
und deren Transformation**

Die Offenheit der Geschichte ist eingebettet in den sozialen Beton der Struktur, der den Fluss der Zeit determiniert. Die Berücksichtigung der strukturellen Einbettung der Ereignisse hilft, den Freiheitsgrad der gesellschaftlichen Akteure nicht zu überschätzen und die Beharrungskraft des Bestehenden unterzubewerten (Novy 2002: 57). Aus dieser Perspektive sind besonders die *sozialen Auseinandersetzungen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse*, durch die Herrschaft entsteht, interessant (Winter 2003: 203).

Um diese Auseinandersetzungen genauer untersuchen zu können, scheint das Foucault'sche *Dispositiv* hilfreich zu sein. Damit beschreibt er „ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturelle Einrichtungen, regle-

mentierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebenso wie Ungesagtes umfasst“ (Foucault 1978: 120). Während Diskurse als *Machtstrategien* zu verstehen sind, gibt das Dispositiv einen die Diskurse asymmetrisch strukturierenden Rahmen vor. Diese Machtasymmetrie entsteht insbesondere dadurch, dass innerhalb des Dispositivs auch Raum für Widerspruch bleibt. Somit kann sich Widerstand nur im Rahmen des Dispositivs bewegen (Novy 2002: 86, Foucault 1983: 116).

Um Strukturen und Dispositive zu fixieren werden *Institutionen* als stabilisierte Handlungsmuster produziert. Sie stellen die Grundlage von wirtschaftlicher und politischer Ordnung dar und helfen verstehen, warum und wie Ordnung dauerhaft möglich wird (Novy 2002). Um die Möglichkeiten für Veränderungen zu erfassen, unterscheidet Görg verschiedene Formen strategisch-politischen Handelns (2003: 181):

1. *Institutionelles Handeln*, das auf die Regulation systemischer Widersprüche des Kapitalismus und die Bearbeitung von Krisenprozessen gerichtet ist.
2. *Transformierendes Handeln*, das neue institutionelle Strategien zu entwickeln und durchzusetzen versucht, aber innerhalb der Optionen bleibt, die die kapitalistische Gesellschaftsformation selbst bereit hält. Das impliziert die Reproduktion der Staatsform, trotz weitreichender Veränderungen.
3. *Strukturtransformierendes Handeln*, das die Antagonismen des Kapitalismus selbst aufzuheben und zu überwinden versucht.

Um strukturelle Transformationen zu ermöglichen, schlagen Esser u. a. (1994: 217 ff.) das Konzept des *radikalen Reformismus* vor. Reformismus bezeichnet dabei die Auflösung der institutionalisierten Machtbeziehungen, jedoch nicht schlagartig, sondern durch komplizierte Praxis-, Erfahrungs-, Lern- und Selbstaufklärungsprozesse. Radikal meint, dass emanzipative Politik von Anfang an auf die Überwindung der herrschenden gesellschaftlichen Formen und ihrer institutionellen Ausprägungen abzielen muss. Somit will der radikale Reformismus „eine *Kulturrevolution*, die nicht nur Bewusstseinsinhalte, sondern vor allem gesellschaftliche und politische Beziehungen und Praktiken umgreift“ (Hirsch 2002: 202). Die Strukturprinzipien kapitalistischer Globalisierung müssen dabei in Betracht gezogen werden und dürfen nicht schlichtweg ignoriert werden (Görg 2003).

2. Neoliberale Globalisierung und Glokalisierungsdispositiv

Altvater und Mahnkopf definieren Globalisierung als „Prozess der Transformation einer Gesellschaftsformation“ (2002: 31). Globale Standards wie ‚benchmarking‘ zwingen zu beschleunigten flexiblen Anpassungsleistungen in allen Lebensbereichen, was zugleich die materielle Grundlage des Neoliberalismus darstellt. Globalisierung bedeutet daher vor allem „die Herrschaft des Tauscherts über den Ge-

brauchswert“ (ebda. 39), aber auch die Übernahme der Herrschaft durch die Vermögenden (Redak 2003).

Prinzipiell handelt es sich bei Globalisierung – entgegen vieler andersartiger Behauptungen – jedoch nicht um einen neuen Prozess. Speziell in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg waren die internationalen Wirtschaftsverflechtungen ähnlich intensiv wie heute. Die darauf folgende Große Weltwirtschaftskrise führte jedoch dazu, dass vom ursprünglichen Konzept abgesehen wurde und weltweit eine nationalstaatlich orientierte Autarkiepolitik verfolgt wurde. Die 1973 veranlasste Auflösung der Bretton Woods Institutionen, die für fixe Wechselkurse gesorgt hatten, ermöglichte erst die Integration nationaler Finanzmärkte zu einem globalen Finanzmarkt (Altwater/Mahnkopf 2002: 53 ff.). Die somit *produzierte Globalisierung* der Finanzmärkte (Fiori 2001: 31ff.) leitete gemeinsam mit den sinkenden Transport- und Kommunikationskosten und -zeiten eine neue Phase der Globalisierung ein. Zusätzlich wurden in den 1980er Jahren viele Staaten der Peripherie zahlungsunfähig, vor allem aufgrund der unilateralen Entscheidung der US-amerikanischen Notenbank 1979, die Zinssätze extrem anzuheben. Globalisierung äußerte sich dann darin, dass die vom Internationalen Währungsfonds geführten Gläubiger das Ende der geld- und wirtschaftspolitischen Souveränität der Schuldnerländer durchsetzen konnten. Seither werden hier über Strukturanpassungsprogramme die Öffnung der Märkte, der freie Kapitalverkehr und der Verkauf der Staatsunternehmen und damit die neoliberale Globalisierung erzwungen (Schui 2003: 23).

Ohne lokale Bindungen – d.h. reale Entscheidungen vor Ort – kann Globalisierung jedoch nicht stattfinden. Auf dieser Ebene wird der Nationalstaat zum *nationalen Wettbewerbsstaat* transformiert. Somit unterliegt er den gleichen Effizienzkriterien und dem gleichen Rationalkalkül wie ökonomische Akteure. Seine vorwiegenden Aufgaben sind die Sicherung und der Ausbau der Position im Standortwettbewerb; alle sozialstaatlichen Errungenschaften werden zur Disposition gestellt. Die als völlig neues und einzigartiges Phänomen dargestellte Globalisierung fungierte dabei als Legitimation für das transformierende Handeln politischer Akteure (Hirsch 2002: Kap. 2). Diese ist jedoch „eher eine neoliberale Propagandaformel denn gesellschaftliche Realität. Die mit ‚Globalisierung‘ bezeichnete Entwicklung hat zweifellos im internationalisierten Kapital einen wesentlichen Akteur, wurde aber sehr wesentlich durch die Politik von Staaten und Regierungen vorangetrieben. Was üblicherweise als ‚Deregulierung‘ bezeichnet wird, vollzieht sich deshalb von Anfang an im Kontext einer veränderten politischen Regulierung“ (Hirsch 2002: 125).

Diese neue Art der politischen Regulierung macht sich nicht nur auf Ebene der Nationalstaaten, sondern auch auf regionaler Ebene bemerkbar. Mayer (2003: 270) deutet die neue Form der lokalen Staatlichkeit als „die Betonung des unternehmerischen Aktivismus, die Privilegierung des lokalen Raums, *workfare* statt

welfare und die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure“. Letztere stehen in einem ambivalenten Verhältnis, da sie einerseits die Marktkräfte politisch entschärfen wollen; andererseits kann es jedoch nur über sie gelingen, Markt und Konkurrenzrationalität in zivilgesellschaftliche Bereiche einzuführen, die ansonsten schwer vom globalen Kapital zu durchdringen wären. Somit könnten Marktkriterien auch dort Einzug halten, wo bislang wohlfahrtsstaatliche Kriterien und soziale Rechte galten (Mayer 2003).

Diese neue Art des Zusammenspiels von globalen und lokalen Prozessen kann als *Glokalisierung* bezeichnet werden. Dieser Begriff scheint deshalb angebracht, da – wie schon weiter oben erwähnt – Globalisierung ohne lokale Bindungen nicht stattfinden kann (Altwater/Mahnkopf 2002: 69). Im Zuge dieses Prozesses fallen wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften zunehmend der Standortkonkurrenz zum Opfer. Die Umverteilung des Vermögens zu Gunsten der Besitzenden wird dabei diskursiv als „Sachzwang“ der Globalisierung und folglich als einzige mögliche Alternative dargestellt (Novy 2000). Während sich der Globalisierungsdiskurs nicht zu einem Dispositiv verfestigen konnte, wird dies durch den umfassenderen flexibleren Begriff der Glokalisierung vollbracht. „Global denken – lokal handeln“ wurde zu einem Leitspruch, den auch KritikerInnen annehmen konnten (Novy 2002: 93). Das Globale gilt dabei als vorstellbar, aber nicht als veränderbar.

Die Unterordnung der sozialen unter die wirtschaftliche Entwicklung wird also als alternativloser „Sachzwang“ dargestellt. Francis Fukuyama fand die wohl deutlichste Darstellung dieser Alternativlosigkeit, als er nach dem Zusammenbruch des bürokratischen Sozialismus mit dem Fall der Berliner Mauer gar das „Ende der Geschichte“ proklamierte (Fiori 2001: 21 ff.).

3. Alternativen in und um Porto Alegre

Novy (2003: 282ff.) erweiterte das theoretische Konzept von Esser et. al. (1994) für strukturelle Transformation unter Bezugnahme auf konkrete Fälle von Lokalregierungen der brasilianischen Arbeiterpartei – der Landesregierung von Rio Grande do Sul in Brasilien und der Stadtregierung dessen Hauptstadt, Porto Alegre: Radikaler Reformismus wird demnach nicht ohne *Staatsreform in Richtung eines öffentlichen Staats* möglich sein. Nach Habermas ist die „Herrschaft“ der Öffentlichkeit „ihrer eigenen Idee zufolge eine Ordnung, in der sich Herrschaft überhaupt auflöst“ (1990: 153).

3.1 Eine andere Welt ist möglich

Erstens geht es beim radikalen Reformismus um die Gestaltung der „Raummacht, d.h. um andere Welthandelsregeln, eine andere internationale Finanz- und Rechtsarchitektur und eine solidarische Beziehung der verschiedenen Territorien der Einen Welt untereinander“ (Novy 2003: 299). Dafür erscheinen besonders die Re-

gulation des Geldes, der Arbeit und des Energieverbrauches – über Tobinsteuer, Entlastung des Faktors Arbeit und neue Energiesteuern – als geeignete Mittel. Diese Maßnahmen müssten jedoch global umgesetzt werden (Altvater/Mahnkopf 2002: 527 ff.). Weder in Rio Grande do Sul, noch in Porto Alegre bestanden die Möglichkeiten für solche umfassenden Maßnahmen. Jedoch konnte in Porto Alegre – nicht zuletzt aufgrund der tatkräftigen Unterstützung der beiden Regierungen – das Weltsozialforum dreimal hintereinander ausgetragen werden. Somit konnte die Bildung einer kritischen globalen Öffentlichkeit und die Vernetzung von sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen gefördert werden. Besonders in Zeiten, wo durch die manipulativ eingesetzte Macht von Massenmedien eine „vermachtete Öffentlichkeit“ (Habermas 1990: 28) produziert und Globalisierung als einzige Möglichkeit präsentiert wird, ist die schrittweise Bildung einer kritischen Öffentlichkeit wichtig.

3.2 Öffentlicher Staat und Teilhabe

Zweitens sollen beim radikalen Reformismus durch eine qualitative Transformation des Staats Teilhabemöglichkeiten geschaffen werden. Teilhabe schließt sowohl formelle wie auch materielle Aspekte ein. *Materielle Teilhabe* bezieht sich dabei auf den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Gütern, *formell* kann sie in der deliberativen Demokratie verwirklicht werden. Deliberation bedeutet die Entscheidung durch Diskussion statt durch Befehl (Reese-Schäfer 2001: 102). Normen und Werte sollen dabei der kritischen Überprüfung ausgesetzt werden. Die Verwendung von gemeinsamer Sprache nötigt dabei die Einzelnen, aus der Egozentrik ihrer Erfolgsorientierung herauszutreten, um sich den öffentlichen Kriterien zu stellen (Habermas 1992). Durch die somit erfolgende Politisierung der Bevölkerung soll der privilegierte Zugang des Establishments zum Staat unterbunden, und somit sollen die vorherrschenden Machtstrukturen geschwächt werden.

Seit 1989 wird in Porto Alegre die Teilhabe am Lokalstaat umgesetzt. Der wichtigste Ansatzpunkt war dabei das Budget, da es die in Zahlen gegossene Politik darstellt (ausführlicher dazu Becker 2001 und Leubolt 2003a). Zwischen 1999 und 2002 wurde das Konzept des Teilhabebudgets dann auf die höhere Ebene des Bundesstaats Rio Grande do Sul transformiert (ausführlicher dazu Leubolt 2003b). Dieser Schritt war deshalb spektakulär, da nun erstmals in einem relativ großen Raum (über 10 Mio. EinwohnerInnen) praktische Erfahrungen der Demokratisierung des Staats gesammelt werden konnten. Olivio Dutra – der Bürgermeister Porto Alegres 1989-1992 und Gouverneur Rio Grande do Suls 1999-2002 – betonte den direkten Zusammenhang von Teilhabe zum radikalen Reformismus. Ihm zufolge „handelt es sich um einen *Prozess*, der sich schrittweise verbessert und das kritische Bewusstsein der Bevölkerung freisetzt und damit die Wahrnehmung der Verantwortlichkeit jedes Einzelnen an der Öffentlichkeit“ (in Dutra/Benevides 2001: 11; eigene Überset-

zung). Das begünstigt die Entstehung von Solidarität, da erst durch die verbesserte Wahrnehmung kollektiver Interessen seitens der einzelnen Individuen auch die Bedürfnisse ‚der anderen‘ wahrgenommen werden können (Baiocchi 2002). Roselaine, eine Teilnehmerin des Teilhabebudgets Porto Alegres bestätigt dies: „Sogar ich habe nur an meine Straße gedacht, als ich zum Partizipativen Budget gekommen bin. Aber ich habe andere Personen und Gemeinschaften getroffen und habe viel größere Probleme kennen gelernt. Was ich als Riesenproblem gesehen habe, war nichts im Vergleich zur Situation anderer Personen. Keine Wohnung zu haben, unter einem Tuch zu schlafen oder die Frage der Abwässer unter freiem Himmel, wo Kinder spielen und laufen. Ich vergaß meine Straße, sodass sie sogar bis heute nicht asphaltiert ist.“ (In: Solidariedade 2003: 105; eigene Übersetzung)

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht wurden neue Akzente gesetzt, obwohl diese Lokalregierungen keine verlorenen Inseln im immensen neoliberalen Ozean darstellen konnten. Die soziale Entwicklung wurde nicht mehr unter die ‚Sachwänge‘ der Globalisierung untergeordnet (Soares 2002). Besonders im Bundesstaat wurde das deutlich. Anders als in den meisten übrigen Bundesstaaten wurde dem Standortwettbewerb eine Absage erteilt. Transnationale Konzerne erhielten nicht mehr große Teile des Budgets in Form von Subventionen. Diesbezüglich am spektakulärsten waren sicherlich die Neuverhandlungen mit Ford und GM, die für ihre Ansiedelung im Bundesstaat staatliche Investitionen im Wert von vier Mrd. US\$ erhalten sollten. GM akzeptierte weitaus geringere Subventionen, während Ford sich anderswo ansiedelte. Öffentlich gefördert wurden stattdessen die lokalen Klein- und Mittelbetriebe, einschließlich von Formen der solidarischen Wirtschaft wie z.B. Kooperativen. Die Potentiale endogener Entwicklung konnten somit mobilisiert werden. Das trug, gemeinsam mit der Abwertung des Real, die sich positiv auf die Exportwirtschaft auswirkte, zur wirtschaftlichen Entwicklung bei – das BIP pro Kopf wuchs beträchtlich stärker als in Brasilien insgesamt (Leubolt 2003b: 81f).

4. Schlussfolgerungen

Die produzierte Globalisierung stellt in erster Linie die weltweite Verwirklichung des neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsprojekts dar. Die im Glokalisierungsdispositiv als alternativlos dargestellte Unterordnung des Sozialen unter die ‚Sachzwänge‘ des Weltmarkts nutzt im Speziellen einer gesellschaftlichen Gruppe – den Vermögenden.

Als Alternative dazu wurde in diesem Beitrag der radikale Reformismus und dessen praktische Realisierung im öffentlichen Staat vorgestellt. Entwicklung wird hier nicht mehr durch die globalen ‚Sachzwänge‘ bestimmt, sondern durch ein radikal-reformistisches Projekt, in dem der globale Kapitalismus durch demokratisch bestimmte Regeln gebändigt wird. Die Regierungen von Porto Alegre und Rio Grande do Sul konnten praktische Anregungen und Anstöße dazu liefern, dass Entwicklung auch ohne Unterwerfung unter die ‚Sachzwänge‘ der Globalisierung möglich ist. Olívio Dutra stellte das deutlich dar: „Wir demonstrieren im alltäglichen Leben, dass die Geschichte nicht zu Ende ist und ein anderer Weg möglich und gangbar ist“ (in: Dutra/Benevides 2001: 17; eigene Übersetzung).

Literatur

- Altvater, Elmar, Birgit Mahnkopf. 2002. *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Baiocchi, Gianpaolo. 2002. *Emergent Public Spheres: Talking Politics in Participatory Governance*. Manuskript. http://www.democraciaparticipativa.org/English/Arquivos/gianpaolo_emergent.pdf, 12.6.2003.
- Becker, Joachim. 2001. „Der progressive erweiterte Staat: Zivilgesellschaft, Lokalstaat und partizipatives Budget in Porto Alegre.“ *Journal für Entwicklungspolitik* Nr. 2 (2001), 193-199.
- Dutra, Olívio, Maria Victoria Benevides. 2001. *Orçamento Participative e Socialismo*. São Paulo: Fundação Perseu Abramo.
- Esser, Josef, Christoph Görg, Joachim Hirsch. 1994. *Von den „Krisen der Regulation“ zum „radikalen Reformismus“*; Hg. Esser, J., C. Görg, J. Hirsch: *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*. Hamburg: VSA
- Fiori, José Luís. 2001. *60 lições dos 90. Uma década de neoliberalismo*. Rio de Janeiro/ São Paulo: Editora Record.
- Foucault, Michel. 1983. *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 1978. *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin: Merve.
- Görg, Christoph. 2003. *Gesellschaftstheorie und Naturverhältnisse. Von den Grenzen der Regulationstheorie*. In: Fit für den Postfordismus?, Hg. Ulrich Brand/Werner Raza. Münster: Westfälisches Dampfboot, 175-194.

- Habermas, Jürgen. 1990. *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1992. *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats.* Frankfurt am Main: Suhrkamp. 4. Aufl.
- Hirsch, Joachim. 2002. *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen.* Hamburg: VSA
- Leubolt, Bernhard. 2003a. „Das Partizipative Budget. Demokratisierung der Wirtschaftspolitik in Porto Alegre.“ *Kurswechsel* Nr. 1 (2003), 44-54.
- Leubolt, Bernhard. 2003b. „Demokratisierung als Alternative zum neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Das Partizipative Budget im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul.“ *Journal für Entwicklungspolitik*, Nr.3 (2003), 69-86.
- Mayer, Margit. 2003. *Das Potenzial des Regulationsansatzes für die Analyse städtischer Entwicklungen am Beispiel territorialer Anti-Armutspolitik.* In: Fit für den Postfordismus?, Hg. Ulrich Brand/Werner Raza. Münster: Westfälisches Dampfboot, 265-280.
- Novy, Andreas. 2000. „Unmasking Globalisation: From Rhetoric to Political Economy – The Case of Brazil.“ *The Cambridge Review of International Affairs*, Winter 2000.
- Novy, Andreas. 2003. *Politik, Raum und Wissen. Zentrale Kategorien eines erneuerten radikalen Reformismus am Beispiel Brasiliens.* In: Fit für den Postfordismus?, Hg. Ulrich Brand/ Werner Raza. Münster: Westfälisches Dampfboot, 282-303.
- Novy, Andreas. 2002. *Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderungen in der Einen Welt.* Frankfurt am Main: Brandes & Apsel/Südwind.
- Redak, Vanessa. 2003. *Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes: People's Capitalism?* In: Fit für den Postfordismus?, Hg. Ulrich Brand/Werner Raza. Münster: Westfälisches Dampfboot, 76-88.
- Reese-Schäfer, Walter. 2001. *Jürgen Habermas.* Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Schui, Herbert. 2003. „Was eigentlich ist Neoliberalismus.“ *Journal für Entwicklungspolitik*, Nr. 3 (2003), 19-34.
- Soares, Laura Tavares, Hg. 2002. *Tempo de desafios. A política social democrática e popular no governo do Rio Grande do Sul.* Petropolis/RJ: Editora Vozes.
- Solidariedade. 2003. *Caminhando para um Mundo Novo. Orçamento Participativo de Porto Alegre visto pela comunidade.* Petropolis/RJ: Editora Vozes.
- Winter, Jens. 2003. *Regulation und Hegemonie in nach-fordistischen Zeiten. Notizen zur raumtheoretischen Herausforderung.* In: Fit für den Postfordismus?, Hg. Ulrich Brand/Werner Raza. Münster: Westfälisches Dampfboot, 196-216.

Abstracts

The following article analyses the political room for maneuver in the “age of globalization”. In the first chapter structures and their production by dispositivs will be presented on a theoretical basis. Globalization will be described as a structural condition as well as a discursive strategy to legitimize “external constraints”. The concluding chapter will point out that submission to the “external constraints of globalization” is not unavoidable. Drawing on the cases of the local governments in Porto Alegre and Rio Grande do Sul, radical reformism will be introduced as an alternative.

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit politischen Gestaltungsspielräumen im „Zeitalter der Globalisierung“. Im ersten Kapitel werden auf theoretischer Basis Strukturen und deren Produktion mit Hilfe von Dispositiven als handlungsermöglichende und -beschränkende Bedingungen vorgestellt. Globalisierung wird im zweiten Kapitel sowohl als strukturelle Bedingung beschrieben wie auch als diskursive Strategie, um „Sachzwänge“ rechtfertigen. Im abschließenden Kapitel wird gezeigt, dass die Unterwerfung unter die „Sachzwänge der Globalisierung“ nicht unvermeidbar ist. Ausgehend von den Fallbeispielen der Lokalregierungen in Porto Alegre und Rio Grande do Sul wird radikaler Reformismus als Alternative vorgestellt.

Bernhard Leubolt
Marxergasse 34/12
A-1030 Wien
e-mail: leu@gmx.at